ANGEMERKT

Meinungen zur Zeit & Geschichte

Nr.8

Gefahr ist im Verzug: NATO rasselt im Osten mit den Waffen • Deutsches Kreuz am Geschützturm wieder in Richtung Russischer Grenze

NATO rückt weiter nach Osten vor

Eingreiftruppe kommt / Linksp

Berlin will zusätzliche Truppen an Nato-Ostflanke entsenden

„Neujustierung der Nato geht zulasten Russlands“

Politologe: Verlegung von Soldaten der Allianz in östliche Bündnisstaaten wird Konfrontation verschärfen

Die Nato in Osteuropa

Ein Abzeichen mit der Aufschrift «Air Policing Baltikum 2015» ist auf dem Ärmel eines Bundeswehrsoldaten zu sehen. *Foto: Luftwaffe/VAPD 2015.*

Aufrüstung in Sicht

Freie Presse 11. 5.2016

Wieder in Richtung Russischer Grenze

Die Nato treibt die Aufrüstung in den an Russland grenzenden Mitgliedstaaten weiter voran.

"Seit der Osterweiterung der NATO findet eine Neujustierung zugunsten der alliierten Osteuropäer und zulasten Russlands statt. Der Nachteil ist, dass dadurch die Konfrontation mit Russland wächst" - so der Politikwissenschaftler Christian Tuschhoff (FP 30.4.2016)

Und vor dem NATO-Gipfel in Warschau 2016 kündigt von der Leyen "wegen russischer Bedrohung" Aufrüstung an.

Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen verkündet pünktlich zum 71. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus eine grundlegende Trendwende in der deutschen Rüstungspolitik. - Wegen einer angeblichen Bedrohung aus Russland soll nun stärker aufgerüstet werden und die Obergrenze gänzlich wegfallen.

Gefahr ist im Verzug

Von der Leyens Bundeswehr ohne Obergrenzen - Neutralität wäre die notwendige und richtige Forderung

Gefahr ist im Verzug *- Menschen handelt, wenn euch der Frieden heilig ist! Unverfroren und nahezu dreist verkündet die "Kriegsministerin" von der Leyen die Bundeswehr soll unverzüglich personell und finanziell aufgestockt werden.*

Wenige Tage nach der Forderung Obamas nach Übernahme von mehr Verantwortung durch Deutschland werden noch mehr Milliarden, nicht für zivile, sondern für militärische Konfliktlösungen aus dem Bendler-Block gefordert. Dem springt der sozialdemokratische Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels mit einem Lächeln bei.

Immer wenn mehr Geld für deutsches Militär gefordert und bewilligt wurde, folgten Krieg, zuerst vereinzelt in anderen Ländern und später gegen fast die gesamte Welt. Heute steht die Bundeswehr in 16 Ländern mit der Waffe für Gewalt, Zerstörung und

Tod und es wird in Berlin auch schon über einen Einsatz nach innen nachgedacht. Der Ausbau militärischer Macht trägt nicht zum Frieden bei, sondern verstärkt nur die internationalen Spannungen und Konflikte.
Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen, forderte bereits Wilhelm Liebknecht auf einem Flugblatt zur Reichstagswahl 1887 und dies wurde von seinem Sohn im August 1913, am Vorabend des 1.
Weltkrieges, erneuert(Zeitungsbericht über die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins des VI. Berliner Reichstagswahlkreises 26. August 1913).
Dem sollten wir folgen und dafür gäbe es auch im Bundestag, wenn die Sozialdemokraten sich wieder auf ihre Wurzeln besinnen würden, mit der LINKEN und Bündnis 90/Die Grünen eine Mehrheit.
Noch kühner wäre eine politischer Entwurf für ein neutrales und friedensstiftendes Deutschland(diese Forderung gab es bereits in der "Stalinnote" von 1952!), zum Segen Europas und der Welt.

Raimon Brete / Foto

Dominanzstrategie

Spätestens seit der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 weiß man: Die deutsche Obrigkeit will in der Welt wieder ganz vorn mitmarschieren, gleichauf mit der Amerikanischen Kappelle.
Der Auftritt des Dreigestirns Gauck, von der Leyen, Steinmeier auf der Münchner Bühne wurde in der Presse als »machtpolitischer Befreiungsschlag eines >erwachsenen< Deutschland« (»Spiegel Online« am 2.2.2014) wahrgenommen und gefeiert.
Und so gehört 2016 die Bundeswehr schon zur Speerspitze der NATO vor Russland.

Rüstungsbedarf ?

Zum 8. Mai gelangten Informationen an die Öffentlichkeit, dass die Militärplaner aus dem deutschen Verteidigungsministerium erstmals zusätzliche Stellen schaffen wollen.
Die Ministerin begründet den neuen Rüstungsbedarf ausgerechnet mit einem angeblich „angespannten Verhältnis zu Russland".
Gegenüber RT Deutsch kritisierte der **Friedensforscher und Politiker der Partei Die Linke, Tobias Pflüger**, die geplante Aufstockung als „politisch völlig falsch". Die Bundeswehr setze nun das um, was „neuerdings als Bedrohung wahrgenommen wird", nämlich eine angebliche Bedrohung durch Russland. Weiter betont **Pflüger:** Aufrüstung ist immer falsch, in diesem Fall verstärkt sie die Gefahr eines Kalten Krieges und wird, die Reaktion Russlands folgte auf dem Fuß, zu einer neuen Rüstungsspirale führen. Die Linke fordert statt Aufstockung und Stationierung der Bundeswehr in Osteuropa, Abrüstung, Abbau der Bundeswehr und Abzug aller Bundeswehreinheiten aus Osteuropa.

Dabei sei es gleichgültig, ob es sich um Manöver oder um die geplante feste Stationierungen handelt, mahnt Pflüger, der Vizevorsitzende der Partei an.
Ähnlich argumentierte die verteidigungspolitische **Sprecherin der Fraktion Die Linke. Christine Buchholz.** Die Pläne der Ministerin würden nicht zum Frieden, sondern zur Erhöhung der internationalen Spannungen beitragen:
Die Zeche für die Aufrüstung zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Es ist absurd, dass neue Sanitäter für militärische Auslandseinsätze rekrutiert werden sollen, während hierzulande 100.000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern fehlen.

Bisher diskutiert das Verteidigungsministerium eine Zahl von knapp 7.000 neuen Stellen. Ministerin von der Leyen will jedoch feste Obergrenzen beim Personal für die Bundeswehr grundsätzlich abschaffen. **Damit würde das Parlament aus zentralen Entscheidungen ausgegrenzt. Das Verteidigungsministerium könnte etwaige Schritte zur Aufrüstung innerhalb der Bundesregierung beschließen.**

US- Forderung

US-Präsident Barack Obama fordert seit Jahren, dass die europäischen Staaten ihre Rüstungsetats erhöhen. Zuletzt hatte er bei seinem Besuch in Hannover höhere Rüstungsausgaben angemahnt. Europa sei „manchmal etwas selbstgefällig hinsichtlich der eigenen Verteidigung". Angesichts des „Konfliktes mit Russland" beobachte Washington „mit Kopfschütteln", dass die europäischen Partner weniger als zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben. Obama kündigte an, auf diese Abmachung auch auf dem kommenden NATO-Gipfel im Juli in Warschau zu bestehen.

Die Nato baut derzeit ihre Präsenz in Osteuropa aus. In Polen ist ein weiterer Schutzschirm geplant, der 2018 in Betrieb gehen soll. Die USA hatten am Donnerstag den 800 Millionen Dollar teuren Schutzschirm auf der rumänischen Militärbasis Deveselu in Betrieb genommen.

Schutz oder Provokation?

Das neue Raketenabwehrsystem der Nato ist in Rumänien einsatzbereit

Wird das rumänische Deveselu eine Art Guantanomo der USA?

Das europäisch-russische Verhältnis braucht keine neuen modernen Abwehrsysteme, sondern mehr vertrauensbildende Maßnahmen.

US-Soldaten bei der feierlichen Einweihung der neuen Rakete

Freie Presse 13.5.2016

"Das ist kein Verteidigungssystem"

Russland will auf Nato-Raketenabwehr militärisch reagieren

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die Inbetriebnahme eines US-Raketenschirms in Rumänien als Gefährdung der weltweiten Sicherheit kritisiert. Damit seien die USA einen Schritt in Richtung Wettrüsten gegangen: "Das ist kein Verteidigungssystem", sagte das Staatsoberhaupt.

Der Raketenschild sei Teil der US-Nuklear-Strategie. "Das sind offensichtlich erste Schritte der USA, das strategische Gleichgewicht der Kräfte zu stören", sagte Putin laut Itar Tass.

Putin erklärte, Russland werde sich nicht in den Rüstungswettlauf hineinziehen lassen. Allerdings sehe man sich gezwungen, die aufkommenden Bedrohungen zu neutralisieren. Daher würden Armee und Marine mit den notwendigen Mitteln ausgestattet, um das strategische Gleichgewicht der Kräfte aufrecht zu erhalten. "Das ist die verlässlichste Garantie, dass es nicht zu einem großen militärischen Konflikt kommt."
Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte bei der Einweihung der ersten Raketen-Abschussbasis im rumänischen Deveselu versichert, dass das System nicht gegen Russland gerichtet sei - Wer glaubt es ihm noch?

8. MAI - ERINNERUNG

Thiemo Kirmse Vorstandsmitglied VVN-BdA und Stadtvorstand DIE LINKE Chemnitz:
Es ist aus tiefstem Herzen den Menschen zu danken und sich derer zu erinnern, die Europa und damit auch uns vom Faschismus unter Einsatz ihres Lebens befreit haben. Ehren wir sie, indem wir uns denen entgegenstellen, die schon wieder menschenverachtende Parolen skandieren und Häuser anzünden, aber auch die, die Krieg als Mittel der Wahl zur Konfliktbewältigung nutzen.

Verwegenes Schwenken auf den Thüringer Höhen / Rennsteiglied nun mit Gauck-Text? - Nicht alle singen!

Auch Linken- Fraktionäre wandern jetzt so gerne am »Mainstream« durch das Thüringer Land. Den "Unrechtstaat DDR" auf dem Rücken, einen kurzen Gauck- Text bei der Hand.
Der Gauck-Text bringt es auf die kurze Formel: Die DDR war "Bevormundung, Unterdrückung, Unrecht und Leid". Basta! Links, Rechts, zwo drei vier...Rechts, Links, zwo drei vier...

Geschichtsstunde, 63 Jahre später

In Thüringen soll der 17. Juni im Landtag zum Feiertag erklärt werden – aber wer stimmt mit?

Der 17. Juni wird Gedenktag in Thüringen

Linkskoalition will in dieser Woche Gesetzentwurf in den Landtag einbringen – CDU reagiert mit Genugtuung

Thüringer Erinnern

Landtag beschließt, des 17. Juni zu gedenken

Gedenkstätte

Andreasstraße

Ideologiefrei ?
Anfang März hat das Erfurter Kabinett eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die »neue Maßstäbe« in Sachen DDR-Geschichte setzen soll. »Wir wollen einen umfassenden gesellschaftlichen Prozess einer konsequent ideologiefreien Aufarbeitung anstoßen und fördern«, hat die Staatssekretärin Babette Winter das Unterfangen umrissen - die SPD-Politikerin aus dem Ruhrgebiet, seit 2012 in der Thüringer Landespolitik, leitet das Gremium.

Und ab nun wird man wohl, jeweils am 17. Juni eines Jahres, in großer Block- Runde mit all den anderen von CDU SPD Grünen und AfD stehen und sich den Gauck- Text reinziehen. Reden halten wider den Arbeiter-und-Bauern-Staat DDR und das Heute in Deutschland feiern. LINKE, SPD und Grüne natürlich ganz im Sinne ihrer Koalitionsvereinbarung: Keine Gespräche mit darüber etwas anders Denkenden. So also im Thüringer Landtag Geschichtsstunde, 63 Jahre später.
Doch HALT! Da gab es eine Frau, die nach Art eines Karl Liebknecht als einzige ihre Stimme erhob:

SO EIN ZERRBILD NICHT!
Eine Stimme gegen den »Mainstream«.

Die Abgeordnete der LINKEN im Thüringer Landtag, Frau Dr. Johanna Scheringer-Wright -

Die traut sich!

Bei den Opportunisten löst sie keinen Jubel aus. Seinerzeit ist es auch Karl Liebknecht nicht anders ergangen. Doch hatte er Unrecht mit seiner Verweigerung der Zustimmung zum damaligen Hosianna- Geschrei der übrigen großen Masse? Das Schicksal Karl Liebknechts nach seinem NEIN ist unvergessen. Die Zeiten ändern sich - zu sorgen und hoffen bleibt es wiederholt sich nicht in dieser Art im Freistaat Thüringen.

Dr. Johanna Scheringer-Wright, Erklärung zum Abstimmungsverhalten zur Änderung des Thüringer Feier- und Gedenktagsgesetz

Die Entscheidung gegen dieses Gesetz zu stimmen, habe ich mir nicht leicht gemacht. Ich weiß, dass auch in der DDR Unrecht geschehen ist und dieses verurteile ich.
Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Unrecht nie unwidersprochen bleiben darf. Daher muss auch in der DDR geschehenes Unrecht - verursacht durch die SED oder durch wen auch immer - aufgearbeitet werden. Das gilt umso mehr, wenn Tote zu beklagen sind. Jeder Mensch, der gewaltsam zu Tode gebracht wird, ist einer zu viel. Aufarbeitung ist also notwendig, die Frage ist, wie dies geschieht.

Im heute beschlossenen zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes wird der 17.Juni 1953 in eine Reihe mit dem 8.Mai 1945 gestellt.

Das bedient Geschichtsklitterung. *Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung vom Faschismus, der Tag, an dem der grauenhafte II. Weltkrieg mit mehr als 50 Millionen Toten sein Ende in Europa fand, der Tag, an dem der Völkermord an 6 Millionen europäischer Juden beendet wurde. Dieser Tag ist etwas historisch Einmaliges. Und es ist illegitim, die Befreiung vom Holocaust - der industriellen Massenvernichtung von Menschen – mit anderen historischen Ereignissen in eine Reihe zu stellen.*
Es wird immer üblicher, man sieht das an der AfD und auch an der CDU, von erster (nämlich Faschismus) und zweiter (nämlich DDR) Diktatur zu sprechen. Das hebt das faschistische Deutschland und die DDR auf eine Stufe und das wiederum ist massive Geschichtsverfälschung.

Vor diesem Hintergrund befürchte ich gerade mit Blick auf den wachsenden Rechtspopulismus eine Verniedlichung der Diktatur der Nationalsozialisten.

Noch einmal zurück zum 17. Juni 1953: Dieser Tag kann nicht bewertet werden, ohne den Kontext des *kalten Krieges. Zum Beispiel wurde - nach der Ablehnung der Stalin-Note 1952 durch die von Adenauer geführte Bundesregierung und die West-Alliierten - die Remilitarisierung der BRD und deren Einbindung in die NATO vorangetrieben. Das vertiefte die Spaltung Deutschlands.*
Gegen diese Vertiefung der Spaltung regte sich massiver Widerstand auch im Westen, so zum Beispiel am 11. Mai 1952 in Essen. Trotz Demonstrations-Verbots wollten sich mehr als 30.000 Jugendliche nicht vertreiben lassen. Die Demonstration wurde gewaltsam aufgelöst, der FDJ-ler Philipp Müller wurde erschossen und eine ganze Reihe von Jugendlichen wurde verhaftet. Meine Mutter z.B. kam als Siebzehnjährige (!) 7 Monate in Einzelhaft. Bis heute ist sie nicht rehabilitiert. Solche Zusammenhänge und Wechselwirkungen fließen in die offizielle Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte nicht ein. Auch nicht bei dem Gedenken an den 17. Juni.
Eigentlich müsste es bei diesem Tag um einen Tag für Widerstand und für die Aufforderung zur Widerständigkeit gehen. *20.04.2016*

Nun aber auch

»Der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 71 Jahren sind für uns Aufforderung, am gemeinsamen Haus Europa weiterzubauen und all jenen entgegenzutreten, die auf die Rückkehr zu nationalen Egoismen setzen«, sagte **Regierungschef Bodo Ramelow in Erfurt** bei einer ERINNERUNG an den 8.Mai, als Tag der Befreiung.

Brief von Thomas Müller: Nachhilfeunterricht wäre angesagt.

Ganz herzlichen Dank ***Frau Scheringer-Wright,*** *für Ihre Gegenstimme zu diesem ahistorischen Vergleich mit dem 8.Mai 1945- Gesetz durch die Entscheidung*

der Thüringer Landesregierung und der Thüringer Allparteienkoalition.
Die historische Bedeutung der Zerschlagung Hitlerdeutschlands für die Menschheit mit der gewaltsamen Beendigung der vielfältigen Unruhen durch die junge DDR und die Rote Armee, nach den Kriegszerstörungen, in der Zeit der Wirtschaftsblockade des Westens gegen die DDR, Sabotage, Abwerbung von Fachkräften usw. auf eine geschichtliche Stufe zu stellen ist schon eine tolle Leistung der Unkenntnis über die deutsche Geschichte und besonders eine Verniedlichung des Hitlerfaschismus.

Wir brauchen uns also wirklich nicht über die Unrechts-Staat- Diskussion zu wundern, wer das eine tut der tut konsequenterweise auch das andere. Wir werden uns also noch wundern, was so eine Landesregierung für eine politische Logik entwickeln kann.
Als Nächstes hat der MP Ramelow bei seinem Rußland-Besuch die Volksabstimmung auf der Krim mit der Rückforderung des deutschen Staates von Königsberg/Kaliningrad verglichen. Er kennt also auch nicht das Potsdamer Abkommen der Siegermächte über die territoriale Neuordnung Europas, auch als Wiedergutmachung gegenüber den 50 Millionen Toten, den KZ-Opfern, den riesigen Kriegsschäden. Das Potsdamer Abkommen ist internationales Völkerrecht geworden. Die Krim gehörte Jahrhunderte zu Rußland und ist mehrheitlich russisch besiedelt. Sie wurde undemokratisch von Chruschtschow der Sowjetrepublik Ukraine "geschenkt". Das ohne Volksabstimmung und rechtsstaatlichen Vorgang. Herr Ramelow schämt sich nicht, auch die Entwicklungen auf der Krim, den Faschismus in der Ukraine, mit Potsdam zu vergleichen, also den Faschismus zu verniedlichen. Es gibt also riesigen Gesprächsbedarf über deutsche Geschichte und die tatsächlichen Unrechtsverursacher dieser Welt. Nachhilfeunterricht wäre angesagt.

Sehr geehrte Frau MdL, Sie haben der Hoffnung vieler bewusst denkender Menschen in Ostdeutschland ein wenig Nahrung gegeben. Den Ewiggestrigen hat dieses Gesetz aber auch Argumente geschenkt für den weiteren Rechtsruck in der politischen Meinungsbildung. Immer mehr Zeitzeugen des 1. Sozialismus-Versuchs werden kapitulieren vor Enttäuschung.
*Aber die Unbequemen will man nicht hören. Sie werden zu Nichtwählern oder auch zu Protestwähler. Danke für Ihr Interview in der **jungen Welt** der letzten Tage.* *23.04.2016*

Und was ist mit Gauck?

Seine kurze Formel: Die DDR war "Bevormundung, Unterdrückung, Unrecht und Leid". Basta! Links, Rechts, zwo drei vier...Rechts, Links, zwo drei vier...

Die lange Zeit des Zierens soll nun bald vorbei sein. Demnächst wird Herr Gauck erklären, dass er es noch mal wissen will, als Bundespräsident der BRD. Der Glanz im Berliner Schloss Belvedere mit seiner Partnerin war so schön! - **Die großen vereinigten Chöre von CDU, SPD, Grüne, FDP rüsten sich schon für ihren großen Gesang: Heil sei der Tag, an dem DU uns erschienen bist!!!**
Der große Gauck also wieder. Der Mann, der so gern mit seiner Dame in der Welt herumreist und große Reden über die deutschen Tugenden im Allgemeinen und seine Vorstellungen von Freiheiten im Besonderem hält. Und dabei kein Wort verliert, wenn die Waffen-SS gehuldigt aber Antifaschisten abgeschoben werden.

Die geschichtspolitischen Konfliktlinien waren und sind nicht zu übersehen. Die Verbrechen des Faschismus werden relativiert, SS-Kollaborateure werden in baltischen Staaten und der Ukraine rehabilitiert und zu „Freiheitshelden" stilisiert. – Übrigens, dazu weder vom Bundespräsident noch von der Bundeskanzlerin bei ihren Besuchen dort, ein Wort!

Riga schiebt Antifaschisten ab

Mit seinem großen Herzen für die Freiheit ist unser Bundespräsident kürzlich zur Feier von »Ein Jahr Maidan« nach Kiew gereist und hat sich zünftig - »Je suis Maidan« -mit Führern faschistischer Milizen, alten Bandera-Terroristen, dem Schokoladenpräsidenten, dem Boxer von der Konrad-Adenauer-Stiftung und mit Julia »die-Bandscheibe« Timoschenko untergehakt.
Eulenspiegel 4/15

Und weiter Jubelgesänge für Gauck
Frage an die Zuschauerredaktion der ARD: Wen meint der Herr Schmidt?

*In der Tagesschau erzählte der ARD-Korrespondent Schmidt wiederholt (20. u. 21. 3.) in seinen Berichten aus Peking zum Thema Menschenrechte von einem "der selbst aus der Bürgerbewegung kommt". Könnte der ARD-Reporter mal verraten, um welchen des so Bezeichneten es sich dabei handelt? Nicht etwa um den **Herrn Gauck**, der mit seiner Lebensgefährtin zum Beispiel 2013 durch die Baltischen Staaten Lettland, Litauen, Estland tingelte und bei Staatsempfängen bejubelte "wie der Kommunismus und sein unterdrückerisches System zusammenbrachen". Aber kein Wort verlor, über die dort immer so leidenschaftlich gefeierte Waffen-SS und Nazikollaborateure. Wo es, z.B. in Lettland darum geht, die Angehörigen der lettischen Waffen-SS-Einheiten zu ehren und kritisierende Juden den Platz zu räumen haben.*
In diesen europäische Länder also, wo dort gerade wieder Antifaschisten aus Deutschland und anderen Ländern auf Schwarze Listen gesetzt, Festgesetzt und Ausgewiesen werden. Von den dortigen ach so Deutschlandfreundlichen Demokraten.
Fragen vor der eigenen Haustür, auf die der ARD-Korrespondent im fernen Asien hoffentlich auch eine Antwort weiß.

Doch Mario Schmidt, der ADR- Korrespondent antwortete:

"Der Bundespräsident hat sich als Pastor in der ehemaligen DDR für die Rechte der Bürger eingesetzt. .... **Zu seiner Reise ins Baltikum 2013 kann ich leider nichts sagen, über die weiß ich nichts."**

Erneut - DER ?!?

Ein **Gutachten des Bundestags** kommt zu dem Schluss, dass Bundespräsident Joachim Gauck seine außenpolitischen Kompetenzen bereits mehrfach überschritten hat.
In dem vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages verfassten Dokument wird dem Bundespräsidenten nahegelegt, jede Form von "Nebenaußenpolitik" zu vermeiden. Das Papier trägt den Titel: "Äußerungsbefugnisse des Bundespräsidenten im Bereich der Außenpolitik".
Die Bundestags-Verwaltung bestätigt die Existenz des Gutachtens, das auf den 9. Oktober (2015) datiert ist. Allerdings wird bisher der Abgeordneten, der die Untersuchung in Auftrag gab, nicht namentlich genannt.
Bundespräsident Gauck hat in letzter Zeit häufig in außen- und innenpolitischen Belangen interveniert. Zuletzt sorgte seine offene Stellungnahme gegen die rot-rot-grünen Regierungsverhandlungen mit einem möglichen Linken Ministerpräsidenten in **Thüringen** für Aufruhr.
Doch vor allem außenpolitisch sorgte der Bundespräsident mehrmals für Unverständnis. So wurde seine **„Danziger Rede“** im September anlässlich des Gedenkens an den Beginn des Zweiten Weltkrieges, in der er in sehr scharfen Worten **Russland angegriffen** hatte, von zahlreichen Historikern und Oppositionspolitikern als einseitig und unangemessen kritisiert.
„Der Bundespräsident trägt damit zur Eskalation der Worte bei“, schrieb etwa der Freiburger Historiker Ulrich Herbert.
Ebenso boykottierte er die Olympischen Winterspiele im russischen **Sotschi.**
Die außenpolitische Rolle des Bundespräsidenten wird in Artikel 59 des Grundgesetzes definiert: "Er schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten." Danach folgt aber die relevante Einschränkung. Für diese außenpolitische Tätigkeit braucht er die Zustimmung „für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften“, also dem Bundestag und der Bundesregierung.

Im ANGEMERKT / GENAU GESEHEN Nr. 8 zitiert und kommentiert der Freundeskreis Neue Zeit Geschichte Chemnitz aus öffentlichen Medien.